

Informationskampagne läuft an:

Wir senken die Steuern

Die Christlich Demokratische Union hat am vergangenen Wochenende eine breit angelegte Informationskampagne über die Steuerreform gestartet mit dem Ziel, die Mitglieder und Anhänger der Partei und die gesamte Bevölkerung über den wirklichen Inhalt der Steuerreform aufzuklären. In Bonn erklärte Heiner Geißler: Die CDU wird in dieser Aufklärungskampagne sich ganz bewußt als die Steuersenkungspartei bezeichnen und darstellen. Das Motto lautet: Die CDU — die Steuersenkungspartei: Wir senken die Steuern.

Meinungsumfragen und die politische Diskussion mit den Bürgern zeigen, daß es bisher noch nicht gelungen ist, die Vorteile der Steuerreform für alle Bürger, vor allem auch für die Arbeitnehmer, im Bewußtsein der Bevölkerung zu verdeutlichen. Notwendig ist diese Aufklärungskampagne auch deswegen, weil eine unheilige Allianz von SPD, DGB-Funktionären und anderen Interessenverbänden die konjunkturpolitische, die gesellschaftspolitische und die sozialpolitische Bedeutung der Steuerreform zu vernebeln, zu verschleiern und zu diskreditieren versuchen.

In der gegenwärtigen Diskussion sind sich alle einig, daß die Arbeitslosigkeit vorrangig bekämpft werden muß.

Um diese notwendige konjunkturpolitische Wirkung zu erzielen, darf die CDU nicht zulassen, daß die Hauptsache der Steuerreform, nämlich die Steuersenkung von brutto 70 Milliarden Mark, zur Nebensache

HEUTE AKTUELL

- **Gerhard Stoltenberg**
Vogels Behauptungen sind haltlos und unbegründet. Seite 3
- **Banken**
Steuerreform stärkt langfristiges Wachstum. Seite 7
- **Energie**
Integrierte Energiepolitik notwendig. Seite 9
- **Fraktion**
Entschließung zur Deutschland- und Berlin-Frage. Seite 29
- **CDU**
Berichte vom Landesparteitag Baden-Württemberg und Landesausschuß Schleswig-Holstein. Seite 31
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Vorstellung der neuen Umweltmaterialien. Seite 36
- **Gesamtangebot**
Eine Übersicht über die neuesten Informations- und Werbemittel der Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil
- **Dokumentation**
Solidarische Erneuerung unserer Krankenversicherung. Grüner Teil

erklärt wird oder sogar völlig aus dem Bewußtsein verschwindet, und die Nebensache, nämlich eine demgegenüber minimale Erhöhung der Verbrauchsteuer und der dringend notwendige Abbau von Steuerprivilegien, zur Hauptsache gemacht wird.

Deshalb ist die Diskussion über die Steuersenkung ein Kampf um die wirtschaftspolitischen Prioritäten.

Das Hauptargument der SPD, die Steuerreform sei unsozial, weil Höherverdienende eine höhere Steuerentlastung erhielten als Wenigerverdienende, betreibt die SPD nach dem Motto: Mit den Dummen treibt man die Welt um und spekuliert, daß Neidinstinkte letztendlich über den wirtschaftlichen Verstand der Menschen triumphieren könnten.

Der Größenumfang der Steuersenkung kommt den Normalverdienenden, den Facharbeitern, den Angestellten, den Handwerkern, den Selbständigen mit mittlerem Einkommen, zugute (Senkung des Eingangsteuersatzes, Erhöhung des Grundfreibetrages, Einführung des linear-progressiven Tarifs, Anhebung der Kinderfreibeträge: ca. 38 Milliarden DM in 1990).

Die SPD verschweigt bewußt, daß

- 500 000 Steuerzahler ab 1990 voll aus der Steuerpflicht herausfallen,
- für einen verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern das zu versteuernde Einkommen erst bei 23 600 DM beginnen wird, bisher 14 000 DM,
- der Normalverdiener (3 100 DM Monatsverdienst) bei einer Lohnerhöhung von 100 DM 1981 41,40 DM zahlt und 1990 nur noch 26,30 DM Steuern zahlen wird,
- dem Hauptargument der SPD, die Reichen haben mehr von der Steuerreform als diejenigen, die ein geringeres Einkommen haben, die widersinnige Annahme

zugrunde liegt, man könne allen dieselben Löhne und Gehälter zahlen mit der Folge gleich hoher Steuerbelastung oder bei unterschiedlichen Löhnen und Gehältern dennoch für alle dieselbe Steuerbelastung festlegen. Das eine ist sozialistische Gleichmacherei aus der Mottenkiste des letzten Jahrhunderts und das andere widerspricht den modernen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Das Argument der SPD, angewendet auf die Verpflichtung Steuern zu bezahlen, würde ja konsequenterweise bedeuten, daß der Reiche nur noch genauso viele Steuern bezahlt wie der Wenigerverdienende, denn Steuerprogression ist vom Staat gewollte Solidarität der Besserverdienenden gegenüber den sozial Schwachen.

Im übrigen zur Erinnerung: Die SPD-geführte Bundesregierung hat ihre letzte Tarifkorrektur im Steuerrecht 1981 vorgenommen und dabei Verheiratete mit einem zu versteuernden Einkommen von 20 000 DM um 4 DM entlastet, mit 60 000 DM um 946 und mit 100 000 DM um 1844 DM.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund muß sich fragen lassen, warum er damals gegenüber der SPD-Regierung leisegetreten ist, und warum er heute bei einer wirklichen Entlastung auch der unteren Einkommen die CDU-geführte Regierung anprangert.

Wir senken die Steuern. Die CDU ist die Steuersenkungspartei.

Darüber informieren wir die Bürger in den nächsten Wochen mit umfangreichen Informationsmaterialien. Die Zeitung CDU extra „Wir senken die Steuern“ ist bereits in einer Auflage von zehn Millionen Exemplaren an die Kreisgeschäftsstellen ausgeliefert. Zu den weiteren Materialien siehe auch Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel im rosa Teil dieser Ausgabe.

Stoltenberg:**Vogels Behauptungen sind haltlos**

In einem Schreiben an Bundestagspräsident Philipp Jenninger hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg den Vorwurf des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel zurückgewiesen, er habe während der Beratungen des Haushaltsentwurfs 1988 im Deutschen Bundestag das Parlament zu täuschen versucht.

„Diese Behauptungen sind haltlos und unbegründet“, schrieb Stoltenberg dem Bundestagspräsidenten. Der Minister erklärte, er habe sowohl bei der Einbringung des Bundeshaushalts wie in den nachfolgenden Beratungen mehrfach ausdrücklich auf die verschiedenen Risiken für die Einnahmeentwicklung hingewiesen.

In der „Aktuellen Stunde“ zur Haushalts- und Finanzpolitik führt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Alfred Dregger**, dazu folgendes aus:

1. „Herr Kollege Vogel, der Bundesfinanzminister hat die Haushaltsrisiken frühzeitig und offen dargestellt.
 - Ihre gegenteilige Behauptung war falsch.
 - Sie zurückzunehmen, ist ein Gebot der Fairneß.
2. Unsere Ausgabenpolitik ist sparsam.
 - Der Ausgabenzuwachs unter Ihrer Verantwortung betrug im Jahresdurchschnitt 9 Prozent.
 - Wir haben ihn nun schon fünf Jahre lang auf unter 1 Prozent bis unter 3 Prozent abgesenkt. Das ist die größte Konsolidierungsleistung der Finanzgeschichte.

3. Auch unsere Schuldenpolitik ist solide.

● Zu den Zinslasten von über 30 Milliarden DM jährlich, die wir wegen Ihrer unsoliden Ausgabenpolitik übernehmen mußten und heute noch finanzieren müssen, treten in diesem Jahr drei ungewöhnliche Einnahmeausfälle, von denen zwei nicht in unserer Hand lagen:

- Ausfall des Bundesbankgewinns infolge des Dollar-Verfalls,
- Einnahmeübertragungen an die EG,
- Entlastung der Steuerzahler um 14 Milliarden DM.

Das ist die zweite Stufe der Steuerreform, die dritte folgt nicht 1989, sondern 1990.

4. Daß wir das durch die Einnahmeausfälle entstehende hohe Haushaltsdefizit in diesem Jahr bewußt nicht zurückführen, ist unser deutscher Beitrag zum Ausgleich der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Die Defizitländer, die unsere Exporte aufnehmen — und wir sind die größte Exportnation der Erde —, erwarten das von uns.

Wenn wir zugunsten der EG, auf die wir angewiesen sind, die zuvor drastisch gesunkenen Benzinpreise durch die Mineralölsteuer um ein paar Pfennige erhöhen, bleibt kein Auto im Schuppen stehen und keines bleibt unverkauft.

Was soll Ihr Geschrei? Wollen Sie den Menschen den Mut nehmen, zu kaufen und zu investieren? Wollen Sie der deutschen Wirtschaft und den deutschen Arbeitnehmern Schaden zufügen?

Keiner hat Anlaß, sich von diesen falschen Propheten Angst machen zu lassen. Wir bleiben bei unserem Kurs der Sparsamkeit, der Solidarität und der Leistungsförderung.

Er ist richtig und — wie die Ergebnisse zeigen — erfolgreich.“

Steuer- und Finanzpolitik:

Ausgabendisziplin ermöglicht Steuersenkungen

Die CDU-geführte Bundesregierung wird auch in diesem Jahr ihre solide und stabilitätsorientierte Finanzpolitik fortsetzen. Trotz der für 1988 geplanten Erhöhung der Neuverschuldung des Bundes auf rund 40 Milliarden DM verläßt die CDU-geführte Bundesregierung nicht ihren klaren und konsequenten Konsolidierungskurs. Denn das Wachstum der staatlichen Ausgaben bleibt mit einer Steigerung von 2,5 % in der geplanten Größenordnung.

Weiterhin Ausgabendisziplin

Der Anstieg der Bundesausgaben ist die **eigentliche Meßlatte für eine stabilitätsorientierte Politik**. Er lag im Durchschnitt der letzten fünf Jahre bei 1,9 %. Zu keinem Zeitpunkt in der Finanzgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist über einen Mehrjahreszeitraum auch nur annähernd ein so niedriges Wachstum der Bundesausgaben zu verzeichnen gewesen. Unter der SPD-Regierung lag die jährliche Ausgabenexpansion im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1982 bei rund neun Prozent.

Die CDU-geführte Bundesregierung bleibt dagegen auch mit dem im Bundeshaushalt 1988 gesteckten Ausgabenwachstum von 2,5 % innerhalb der geplanten Bandbreite und damit weiterhin auf Stabilitätskurs.

Die Ausgabendisziplin der letzten Jahre hat Spielraum für die steuerlichen Entlastungen geschaffen, die zum 1. Januar 1988 in die zweite Stufe übergegangen sind.

Nettoentlastung der Steuerzahler um fast 50 Mrd. DM

Die drei Stufen der Steuerreform 1986, 1988 und 1990 bringen den Steuerzahlern eine Nettoentlastung von fast 50 Mrd. DM. Dies entspricht etwa 2,5 % des Bruttosozialprodukts; fast 50 Mrd. DM, die bei den Unternehmen und den Arbeitnehmern bleiben und für einen gewaltigen Nachfrageschub sorgen.

In der 1. Stufe 1986 wurden insbesondere Klein- und Mittelverdiener und Familien mit Kindern um insgesamt rund 11 Milliarden DM entlastet.

Die Abflachung des Tarifverlaufes bei der Lohn- und Einkommensteuer steht im Mittelpunkt der Steuersenkung des gerade begonnenen Jahres, angereichert wird dieser Schritt durch eine Erhöhung des Grundfreibetrages und durch eine Verbesserung der Ausbildungsfreibeträge. Das Volumen dieser Stufe beträgt rund 14 Milliarden DM.

1990 wird sich der Kreis mit der vollständigen Einführung des gleichmäßig und sanft ansteigenden Einkommensteuertarifes schließen. Dadurch wird unser Steuersystem zu einem leistungsanreizenden, wachstumsfreundlichen und sozial gerechten Gefüge umorientiert. Neben der Begradigung der Tarifprogression wird der Eingangssatz von 22 auf 19 Prozent abgesenkt, der Grundfreibetrag um 841/1.728 DM auf 5.616/11.232 DM (Ledige/Verheiratete) und der Kinderfreibetrag um 540 DM auf 3.024 DM erhöht.

Dadurch werden ab 1990 rund 500.000 Steuerzahler zusätzlich überhaupt keine

Lohnsteuer mehr zahlen müssen. Ein Durchschnittsverdiener (verheiratet, Steuerklasse III/2, Jahresverdienst 1990 schätzungsweise 42.707 DM) wird im Vergleich zum alten Steuerrecht (SPD-Tarif 1985) 1.966 DM oder 40,2 % weniger Einkommensteuer zahlen.

Ein verheirateter Bergarbeiter mit 2 Kindern (Jahresverdienst 1990: 49.401 DM) wird durch die Steuerreform 1990 im Vergleich zu 1985 um 2.010 DM oder 32 % entlastet.

Die letzte von der SPD-Regierung durchgeführte Tarifkorrektur dagegen hat Verheiratete mit 20.000 DM zu versteuern dem Einkommen um 4 DM, mit 60.000 DM um 946 DM und mit 100.000 DM um 1.844 DM entlastet.

Erhöhung der Neuverschuldung nur kurzfristig

Die Vorteile der Steuerreform werden derzeit durch die Diskussion über die Erhöhung der Neuverschuldung etwas in den Hintergrund gedrängt. Am Stabilitätskurs der Bundesregierung ändert sich aber nichts.

Der Grund für die notwendige Erhöhung der Neuverschuldung ist in erster Linie die kurzfristig starke Abwertung des US-Dollars, wodurch der noch im Oktober 1987 bei rund sieben bis acht Milliarden DM vermutete Bundesbankgewinn bis zum Jahresende auf einen kleinen Rest zusammenschmolz. Außerdem sind 1988 zusätzliche Ausgaben für die Europäische Gemeinschaft in Höhe von rund vier Milliarden DM zu erwarten.

Die Erhöhung der Neuverschuldung beschränkt sich auf 1988

Bereits 1989 wird die Nettokreditaufnahme wieder um mindestens zehn Milliarden DM zurückgeführt, und zwar durch Ausgabendisziplin, Subventionsabbau und Erhöhung spezifischer Ver-

brauchsteuern. Die konkrete Ausgestaltung dieser Maßnahmen wird bis zur Sommerpause festgelegt.

Die derzeitige Polemik der SPD gegen diese Entscheidung sollte nicht vergessen lassen, daß die SPD in ihrer Regierungszeit die Neuverschuldung zügellos emporschnellen ließ, um ständig steigende staatliche Ausgaben finanzieren zu können.

Die Neuverschuldung der CDU-geführten Bundesregierung hat eine ganz andere Qualität als die der damaligen SPD-Regierungen. Denn sie findet unter den Bedingungen von Wachstum, Preisstabilität und niedrigen Zinsen statt und dient der nachhaltigen Senkung von Steuern für die Bürger.

Die SPD-Regierungen dagegen haben sich bei Wirtschaftsschrumpfung (1979: 4,4 %, 1980: 1,9 %, 1981: -0,3 %, 1982: -1,1 %) und Inflation (1979: 4,2 %, 1980: 5,4 %, 1981: 6,3 %, 1982: 5,3 %) neuverschuldet. Die SPD-Politik hat dadurch die Zinsen in die Höhe getrieben.

Die explosionsartige Ausweitung der Neuverschuldung unter den SPD-Regierungen (1979: 26 Mrd. DM, 1980: 27 Mrd. DM, 1981: 37,4 Mrd. DM, für 1983: geplant über 50 Mrd. DM) hatte ihre Ursache in einer ständigen Expansion und dauerhaften Festschreibung der staatlichen Ausgaben.

Die Neuverschuldung der CDU-geführten Bundesregierung dagegen ist durch Probleme auf der Einnahmenseite verursacht. Es handelt sich bei der vorübergehenden Erhöhung der Nettokreditaufnahme in diesem Jahr um ein **konjunkturelles Defizit**, das wir aus konjunkturellen Gründen hinnehmen. Die Verschuldung der SPD hingegen war strukturell verursacht, da die Staatsausgaben ständig stärker gestiegen waren als die Einnahmen. Daher ist die derzeitige Situation auch

nicht mit der prekären Lage zu Beginn der achtziger Jahre vergleichbar.

Ein zeitlich begrenzter und damit vorübergehender Anstieg des Haushaltsdefizits, der durch Steuersenkungen für die Bürger bedingt wird, ist finanzpolitisch anders zu bewerten als die permanente Erhöhung der Neuverschuldung in den siebziger Jahren.

Diese hatte zu einer Ausdehnung der Staatsquote beigetragen.

Experten unterstützen den Kurs der kurzfristig zunehmenden Neuverschuldung

Die zeitlich begrenzte Anhebung der Neuverschuldung ist konjunktur- und wachstumspolitisch geboten. Dies bestätigen uns auch die nationalen und internationalen Fachleute. So schrieb noch vor einigen Tagen der **Bundesverband deutscher Banken**:

„In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation müssen höhere Haushaltsdefizite hingenommen werden. Haushaltspolitische Restriktionen würden die Risiken für die Konjunktur erhöhen. Die Wiederherstellung eines befriedigenden Wirtschaftswachstums, zu dem gerade auch die Finanz- und Steuerpolitik beitragen muß, ist Voraussetzung dafür, daß die Defizite wieder verringert werden können. Eine antizyklische Haushaltssteuerung ist deshalb notwendig.“

Und in seinem Jahresbericht 1985/87 führte der Bundesverband aus:

„Konjunkturbedingte Schwankungen im Finanzierungssaldo können und müssen hingenommen werden. Sie sind Teil einer notwendigen antizyklischen Finanzpolitik. Bei schwächerem Wachstum ist eine vorübergehend und begrenzt höhere staatliche Kreditaufnahme möglich, ohne daß es am Kapitalmarkt zu Vertrauensverlusten kommen muß. Auch aus wachstumspolitischen Gründen vorgezogene Steuersenkungen rechtfertigen eine zeitweise höhere

Neuverschuldung. Defizite, die durch den Verzicht auf Steuereinnahmen entstehen, haben eine andere Qualität als Defizite aufgrund übermäßiger Ausgaben. Bessere Wachstumsbedingungen durch eine offensivere Steuerpolitik vergrößern die Chance, die vorübergehend erhöhte staatliche Kreditaufnahme wieder zurückzuführen.“

Das **Institut für Weltwirtschaft** in Kiel äußerte im Dezember 1987: „Wenn auf diese Weise (Abbau von Finanzhilfen und verstärkte Privatisierung von Staatsunternehmen) die Staatsquote verringert wird, ist es im übrigen unter Wachstumsgesichtspunkten nicht bedenklich, wenn das staatliche Defizit steigt. Es kommt nämlich vor allem darauf an, daß der Staat weniger Ressourcen in Anspruch nimmt und so den Privaten größere Entfaltungsmöglichkeiten gibt.“

Und der **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** meinte in seinem letzten Jahresgutachten:

„Aus psychologischen und technischen Gründen ist es indessen zweckmäßig, die Steuersenkungen in gewissen zeitlichen Abständen vorzunehmen. Angesichts der mit einer solchen Politik verbundenen Unstetigkeit ist es nicht besorgniserregend, wenn die Kreditfinanzierungsquote im Jahr einer größeren Steuerentlastung vorübergehend ansteigt, sofern der Raum dafür in den vorausgegangenen Haushaltsjahren durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik gewonnen worden ist.“

Schließlich meinte die **Deutsche Bundesbank** in ihrem Monatsbericht vom Dezember 1987:

„Damit stehen die Gebietskörperschaften um so stärker vor der Notwendigkeit, 1988 und auch in den folgenden Jahren in ihrem Ausgabenverhalten Disziplin zu üben. Freilich ist auch einzukalkulieren, daß möglicherweise konjunkturbedingt

Bundesverband der Banken:

Steuerreform stärkt langfristiges Wachstum

Die Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft setzt sich auch in diesem Jahr fort — unterstützt wird dies noch von der Steuerreform. Zu diesem Ergebnis kommen der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) und der Bundesverband der deutschen Banken.

Als ordnungspolitisch richtig und für ein langfristig kräftiges wirtschaftliches Wachstum notwendig hat der BVR die Grundzüge der geplanten Steuerreform

durch weniger wachsende Einnahmen bzw. zwangsläufig anfallende zusätzliche Ausgaben zeitweise höhere Defizite entstehen. **Eine solche konjunkturbedingte Verschlechterung hinzunehmen wäre unumgänglich, um nicht Abschwächungstendenzen zu verstärken. Dies wäre auch insofern zu vertreten, als die mittelfristige Grundlinie der Finanzpolitik dadurch allein nicht aufgegeben würde.**“

Kreditfinanzierungsquote gesunken

Ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung einer soliden Haushaltsführung ist auch der Anteil der Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte am Bruttosozialprodukt, die Kreditfinanzierungsquote. Diese Quote ist von 4,9% in 1981 auf 2,7% in 1987 gesunken. Dies verdeutlicht den Beitrag der Konsolidierungspolitik für die Entlastung der Kapitalmärkte. Der Kapitalmarktzins ist von 10½ Prozent Anfang der achtziger Jahre auf derzeit 5½ bis 6 Prozent gefallen.

gewertet. Er begrüßt ausdrücklich, daß die Bundesregierung trotz gestiegener Haushaltsrisiken an der geplanten spürbaren Entlastung von Bürgern und Unternehmen festhalte.

Insgesamt sei die Steuerreform unzweifelhaft arbeitnehmer- und mittelstandsfreundlich. So entlaste der linear-progressive Tarif ausnahmslos alle Lohn- und Einkommensteuerzahler, wobei zusätzlich schätzungsweise eine halbe Million Steuerpflichtiger völlig von der Steuer befreit würden.

Hinzu komme, daß neun von zehn Unternehmen in Zukunft weniger Steuern zu zahlen hätten, da sie als — meist mittelständische — Personengesellschaften der Einkommensteuer unterlägen.

Auf diese Weise trage die Steuerreform auch mittelfristig dazu bei, daß die gewachsenen außenwirtschaftlichen Risiken deutlich abgedefert werden könnten. Zum einen setze die Steuerreform inländische private Kaufkraft frei, was einen Ausgleich für die gedämpfte Exportentwicklung schaffe, zum anderen stärke die Steuerentlastung die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den internationalen Märkten.

Aus der Sicht der ausländischen Handelspartner sei die große Steuerreform zudem ein wesentlicher deutscher Beitrag zum Abbau der internationalen Ungleichgewichte und damit letztlich auch zur Stabilisierung der Wechselkurse.

Aufwärtsentwicklung setzt sich fort

Die jetzt verfügbaren Nachfrage- und Produktionsergebnisse für die letzten Monate

von 1987 sind weiterhin geprägt von der Aufwärtsentwicklung, die die deutsche Wirtschaft seit dem Frühjahr vergangenen Jahres verzeichnen konnte. Bei den Auftragseingängen in der Industrie aus dem In- und Ausland zeigte sich im November kaum eine Reaktion auf die im Vormonat begonnenen Turbulenzen an den Aktien- und Devisenmärkten.

Aufgrund des Auftragsschubs in den Sommer- und Herbstmonaten lag die Industrieproduktion im November um etwa ein Prozent über dem Stand des dritten Quartals. **Das Sozialprodukt ist im letzten Vierteljahr 1987 weiter gewachsen. Die Wirtschaft geht also mit dem „Polster“ eines relativ hohen Nachfrage- und Produktionsniveaus ins Jahr 1988** — so der Bundesverband deutscher Banken.

Der hauptsächliche Aktivposten für das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland wird auch 1988 der private Verbrauch bleiben, der mehr als die Hälfte des Sozialprodukts ausmacht.

Wie das gute Weihnachtsgeschäft bestätigt, **haben sich die deutschen Verbraucher von den Ereignissen an den Finanzmärkten nicht beeindrucken lassen.** Allein die Steuerentlastungen, die zu Jahresbeginn wirksam geworden sind, werden trotz teilweise steigender Sozialversicherungsbeiträge die verfügbaren Einkommen der Verbraucher in diesem Jahr um etwa ein Prozent erhöhen.

Darüber hinaus sorgt die weiterhin moderate Preisentwicklung für eine hohe Kaufkraft. Die Verbraucherpreise blieben mit einem Anstieg von einem Prozent im Jahresverlauf 1987 stabiler als erwartet. In der letzten Zeit hat sich der Preisanstieg sogar wieder verlangsamt. Nicht zuletzt die DM-Aufwertung und niedrige Ölpreise schaffen gute Voraussetzungen für stabile Preise auch in diesem Jahr.

Die anhaltende Verbrauchskonjunktur bietet weiterhin gute Chancen für ver-

brauchsnahe Wirtschaftsbereiche und den mehr inlandsbezogenen Dienstleistungssektor, der von den außenwirtschaftlichen Anpassungslasten weniger betroffen ist. Diese Gesamtkonstellation gibt keinen Anlaß, die wirtschaftlichen Perspektiven nur noch grau in grau zu sehen.

Höhere öffentliche Defizite hinnehmen

Das Defizit im Bundeshaushalt wird in diesem Jahr aufgrund des schwächeren Wirtschaftswachstums, des weitgehenden Wegfalls des Bundesbankgewinns und erhöhter Anforderungen der EG voraussichtlich auf mindestens 40 Milliarden DM steigen. Es liegt damit nach zwischenzeitlichem deutlichen Rückgang wieder auf der Höhe des Jahres 1981. Die Bedeutung für Wirtschaft und Kapitalmarkt ist jedoch zu relativieren: 1981 erreichte die Haushaltslücke bei allen Gebietskörperschaften zusammen knapp fünf Prozent des Sozialprodukts, in diesem Jahr werden es voraussichtlich gut 3½ Prozent sein.

In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation müssen höhere Haushaltsdefizite hingenommen werden. Haushaltspolitische Restriktionen würden die Risiken für die Konjunktur erhöhen. Die Wiederherstellung eines befriedigenden Wirtschaftswachstums, zu dem gerade auch die Finanz- und Steuerpolitik beitragen muß, ist Voraussetzung dafür, daß die Defizite wieder verringert werden können. Eine antizyklische Haushaltssteuerung ist deshalb notwendig.

Die Verschlechterung der Haushaltslage macht allerdings deutlich, daß auf längere Sicht die Begrenzung der Ausgaben, insbesondere im konsumtiven Bereich, eine unverzichtbare Voraussetzung für eine solide Haushaltspolitik und für bessere steuerliche Bedingungen ist.

Integrierte Energiepolitik notwendig

Die Rahmenbedingungen in der Energiepolitik haben sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Einerseits haben sinkende Rohstoffpreise — zum Teil verursacht durch den niedrigen Dollarkurs — und eine starke Begrenzung des Energieverbrauchs zu einem vorübergehenden Überangebot an Energie geführt. Andererseits sind die Probleme der Umweltbelastung durch Energieverbrauch und -erzeugung stärker in das Bewußtsein der Bevölkerung gerückt. Dadurch hat sich auch eine veränderte Einstellung in der Beurteilung einzelner Energieträger ergeben. Dies hat in mehrfacher Hinsicht zu einer neuen Ausgangslage geführt. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß in zunehmendem Maße die Vor- und Nachteile einzelner Primärenergieträger isoliert voneinander diskutiert werden.

Vor diesem Hintergrund erläuterte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Energie“, MdB Ludwig Gerstein, am 14. Januar 1988 vor der Presse, in welcher Weise sich der Bundesfachausschuß dieser energiepolitischen Problematik annehmen will und welche weiteren Schwerpunkte der Ausschuß in dieser Legislaturperiode behandeln wird:

1. Die Möglichkeiten und die Notwendigkeit des Einsatzes fossiler und regenerativer Energieträger sowie von Kernenergie müssen unter ökonomischen und ökologischen Aspekten neu überprüft werden. Nur eine integrierte Energiepolitik kann sicherstellen, daß auch zukünftig Energie ausreichend, preiswert und umweltfreundlich zur Verfügung steht.
2. Die derzeit nach einzelnen Energieträgern isoliert geführte öffentliche Diskus-

sion und die von den jeweiligen Energiebranchen formulierten sektorspezifischen Forderungen erschweren eine Gesamtschau, wie sie für die Konzeption einer integrierten Energiepolitik unerlässlich ist. Deshalb schlägt der Bundesfachausschuß die Einrichtung eines „Sachverständigenrates für Energiefragen“ vor, der sich insbesondere durch die Unabhängigkeit seiner Mitglieder auszeichnet.

3. Eine weitere wichtige Aufgabe, die sich der Bundesfachausschuß „Energie“ gestellt hat, ist es, Vorschläge zu erarbeiten, wie die nationale Kohlepolitik fortgesetzt und insbesondere der Einsatz deutscher Steinkohle in der Elektrizitätswirtschaft nach Auslaufen des Jahrhundertvertrages im Jahr 1995 gesichert werden kann.

4. In der Gesamtschau aller Energieträger spielen erneuerbare Energien derzeit noch eine zu geringe Rolle. Der Bundesfachausschuß wird daher einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, der aufzeigen soll, wie die Verwendung regenerativer Energien in stärkerem Maße den Einsatz fossiler Brennstoffe und den der Kernenergie ergänzen kann.

5. Durch die jüngsten Vorfälle bei dem Hanauer Transportunternehmen „**Transnuklear**“ ist das Vertrauen der Menschen in die Energiewirtschaft einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt worden. Der Bundesfachausschuß „Energie“ begrüßt die Forderung des Bundeskanzlers und des Bundesumweltministers nach einer rückhaltlosen Aufklärung der Atommüll-Affäre.

Der Bundesfachausschuß wird die Arbeit des Bundes und der Länder bei der Suche nach Möglichkeiten, wie in Zukunft die Entsorgung auf verlässliche Art und Weise sichergestellt werden kann, nach

Wichtiger Hinweis

Die aktuelle CDU-Dokumentation „Solidarische Erneuerung unserer Krankenversicherung“ im grünen Teil dieser Ausgabe können Sie auch in größerer Menge über das **IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold**, beziehen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme:
17,— DM
Bestell-Nr.: 5058

CDU gründet einen Bundesfachausschuß für Europa

Die CDU hat einen Bundesfachausschuß für Europa neu eingerichtet. Dieser Ausschuß soll zunächst inhaltlich und organisatorisch die Europawahl im Juni 1989 vorbereiten, Vorstellungen für den CDU-Bundesparteitag im Juni 1988 erarbeiten und alle wichtigen Fragen der Europapolitik beratend aufarbeiten. Zum Vorsitzenden des Bundesfachausschusses **Bernhard Sälzer** (Darmstadt) gewählt, stellvertretende Vorsitzende sind die Bundestagsabgeordnete **Doris Pack** (Saarland) und der Europaabgeordnete **Günter Rinsche** (Hamm).

Kräften unterstützen und eigene Vorschläge zur Verbesserung des Überwachungssystems bei der Beseitigung radioaktiver Abfälle unterbreiten. In diesem Zusammenhang wird der Bundesfachausschuß auch deutlich machen, daß die Transnuklear-Affäre kein Anlaß ist, eine neue energiepolitische Fundamentaldiskussion zu führen. ■

NRW: Krasse Bevorzugung der Gesamtschulen

Die jüngsten schulpolitischen Beschlüsse der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion sind ein entlarvender Frontalangriff auf das gegliederte Schulsystem. Im Schulausschuß hat die SPD-Mehrheit überfallartig eine deutliche Begünstigung der Gesamtschulen bei der Zuteilung von neuen Lehrerstellen durchgepeitscht. Es ist nicht hinnehmbar, daß zwei Drittel der Stellen, die in erster Linie von Lehrerinnen und Lehrern des gegliederten Schulsystems durch Teilzeitarbeit und Beurlaubung solidarisch frei gemacht wurden, nun den Gesamtschulen zugeschlagen werden. Kultusminister Schwier hatte ursprünglich nur 300 Stellen für die Gesamtschulen vorgesehen. Damit hat die von linken Ideologen dominierte SPD-Fraktion der eigenen Landesregierung eine schallende Ohrfeige erteilt, stellt **Herbert Reul**, Schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, fest.

Konkret bedeutet der Vorstoß der SPD-Fraktion, daß die Realschulen in Nordrhein-Westfalen nur noch 30 statt 60, die Gymnasien 60 statt 120 und die Sonderschulen nur noch 60 statt 80 neue Lehrer erhalten. Die Bildungs-Ideologen der SPD-Fraktion setzen damit die krasse Benachteiligung der Haupt- und Realschulen sowie der Gymnasien konsequent fort. Absolut skandalös ist in diesem Zusammenhang der Beschluß, auch die Sonderschulen zugunsten der Gesamtschulen ins Abseits zu stellen.

Gerade die Sonderschule, deren dringender Lehrerberuf bisher außer Frage stand, darf nicht Opfer der Gesamtschul-Fanatiker werden.

Heiner Geißler besteht auf rechtlicher Klärung

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler besteht darauf, daß die gegen ihn gerichteten Vorwürfe des Showmasters Hans-Joachim Kulenkampff rechtlich geklärt werden. Auf einer Pressekonferenz in Bonn sagte Geißler, nach seiner Ansicht ist es rechtlich unmöglich und politisch unerträglich, einen demokratisch gewählten Politiker in der Bundesrepublik direkt oder indirekt mit Größen aus der Nazizeit zu vergleichen. Eine Entschuldigung reiche nicht aus.

Kulenkampff hat sich in einem Interview in der „Hamburger Morgenpost“ bereit erklärt, sich bei Geißler zu entschuldigen, weil das Geißler unterstellte Zitat nicht von diesem stamme.

Geißler wörtlich: „Das ist ‚Stürmer‘-Stil, in dem die Diskussion um unangenehme Sachverhalte dadurch erledigt wird, daß man die betreffende Person in der Person angreift und herabwürdigt. Und deswegen glaube ich, daß es auch völlig unzureichend ist, wenn Herr Kulenkampff erklärt, er werde sich entschuldigen.“

Dazu erklärt **Dieter Weirich**, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Fernseh-Talkshows denaturieren zur Wahlkampf-Schaubude, wenn Gäste, vom Moderator gar nicht gefragt, erst einmal in polemischer Form ihr natives politisches Weltbild zeichnen und dabei vor üblen Diffamierungen nicht zurückschrecken. Wenn Angegriffene nicht die Möglichkeit haben, in der Sendung selbst zu parieren, muß ein fairer Moderator gegen solche Agitation energisch einschreiten. Kulenkampff war schließlich nicht als Wahlkämpfer, sondern als „pensionierter Showmaster“ und Schauspieler zu der Unterhaltungssendung eingeladen.

Daß Kulenkampff Unterhaltungssendungen einseitig zu politisieren versucht und sich vor den „linken Karren spannen läßt“, ist nicht neu. In seiner aktiven Showmaster-Zeit hat er sein Publikum damit mehrfach unliebsam überrascht. Die Zuschauer wollen aber unterhalten und nicht politisch belehrt werden.

Zwar hat sich Kulenkampff durch den Vergleich eines engagierten Demokraten wie Geißler mit dem Nazi-Propagandachef Goebbels ausreichend selbst disqualifiziert. Bei einem Mann, der aber in zahlreichen Interviews in der Vergangenheit mehr politische Kultur in der Demokratie eingeklagt hat, sollte man verlangen können, daß er sich für diese an politischen Schwachsinn grenzende Entgleisung „öffentlich entschuldigt“.

Zur Behauptung des SPD-Bundestagsabgeordneten Albrecht Müller, der frühere Showmaster Hans-Joachim Kulenkampff habe in der NDR-Talkshow „nichts anderes getan, als deutlich zu beschreiben, was Geißler bisher gesagt und getan hat“, erklärt der Sprecher der CDU, Jürgen Merschmeier: Herr Müller, unterlegener Gegenkandidat des CDU-Generalsekretärs im Wahlkreis Südliche Weinstraße, macht sich mit seinen diffamierenden Anwürfen gegen Heiner Geißler die verleumderischen und beleidigenden Äußerungen Kulenkampffs zu eigen. Dieses Verhalten des SPD-Politikers, dem in seiner Sucht nach Schlagzeilen offenbar jedes Mittel recht ist, ist an Infamie kaum noch zu übertreffen.

Der CDU-Generalsekretär hat eine unverzügliche Prüfung veranlaßt, welche rechtlichen Schritte gegen Herrn Müller eingeleitet werden können.

Helmut Kohl diskutierte mit dem RCDS Hochschulprobleme

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing in Bonn den Bundesvorstand des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zu einem ausführlichen Gespräch. Dabei wurden die politische Lage an den Hochschulen sowie verschiedene studentische Anliegen eingehend erörtert.

Der Bundeskanzler dankte den Mitgliedern des RCDS für ihren Einsatz für die Grundlagen freiheitlicher Demokratie an den deutschen Hochschulen. Gerade wo Extremisten gegen die Grundwerte unserer Verfassung agitieren, sei die Standfestigkeit des größten demokratischen, politischen Studentenverbandes besonders wichtig. Der Bundeskanzler betonte, er könne keinerlei Verständnis dafür aufbringen, daß auch Studentenverbände aus dem Bereich von Bundestagsparteien mit solchen extremistischen Gruppen politische Bündnisse schließen. Es müsse auch an den Hochschulen endlich selbstverständlich werden, daß alle Demokraten gegen Extremisten jeglicher Couleur zusammenstehen.

Der RCDS-Bundesvorsitzende Jürgen Hardt berichtete eingehend über die Wahlergebnisse des zu Ende gehenden Wintersemesters. Es sei gelungen, insbesondere den Stimmenanteil kommunistischer Gruppen weiter zurückzudrängen. Der RCDS habe durchschnittlich 5 Prozent der Stimmen hinzugewinnen können.

Der RCDS forderte die Bundesregierung auf, im Rahmen ihrer Kompetenzen zur Verbesserung der Studienbedingungen beizutragen. Zum ersten Mal seit 12 Jahren werde durch die jüngste Bafög-

Novellierung keine Verschlechterung der sozialen Situation herbeigeführt. Nun gelte es, sinnvolle Schritte zur Deckung des „Förderungsloches“ im Mittelstandsbereich einzuleiten. Große Bedeutung komme nach Auffassung des RCDS auch der gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen — insbesondere von Fachhochschulabschlüssen — innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu.

Zivildienstreform hat sich bewährt

Am 13. Januar 1988 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes verabschiedet. Dieses Gesetz hebt die bis zum 31. 12. 1990 bestehende Befristung der Reform des Zivildienstes und des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer auf und stellt die unbefristete Regelung der 1984 in Kraft getretenen Reform sicher.

Durch die Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfes zum jetzigen Zeitpunkt wird für die betroffenen jungen Männer frühzeitig Rechtssicherheit gewährleistet. Damit wird eine Reform auf Dauer fortgeschrieben, die sich in der Praxis bewährt hat. Sie sichert ein zügiges und faires Anerkennungsverfahren, in dem die Ableistung des Zivildienstes als Probe auf die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung gilt. Durch den Ausbau des Dienstes auf über 88.000 Zivildienstplätze wird jeder anerkannte Kriegsdienstverweigerer unverzüglich zum Dienst herangezogen.

Fraktion begrüßt Engagement für Deutschland und Berlin

Zur aktuellen Lage der Berlin- und Deutschlandpolitik erklärt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt das entschiedene Eintreten unserer Verbündeten für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt insbesondere dem französischen Staatspräsidenten und der französischen Regierung für ihre klaren Worte zur Mauer in Berlin und zur Überwindung der Teilung Europas anlässlich des Besuches von SED-Generalsekretär Honecker in Paris, dem amerikanischen Präsidenten für die unmißverständliche Unterstützung der Forderung nach Wiedervereinigung und Politikern anderer befreundeter Nationen für entsprechende Bekundungen. Sie alle haben damit den deutschlandpolitischen Anliegen der Bundesregierung zusätzliche Schubkraft verliehen und einen wertvollen Dienst erwiesen.

2. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt den drei alliierten Schutzmächten auch für ihr bisheriges beständiges Engagement für Berlin und seine Bürger. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich zu den von Präsident Reagan gemachten Vorschlägen zur Verbesserung der Lage und Stärkung der Lebenskraft Berlins und begrüßt die daraus entwickelte Berlin-Initiative der westalliierten Schutzmächte.

3. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Solidarität mit dem geteilten Berlin selbstverständlich. Berlin ist und bleibt die Hauptstadt der deutschen

Nation. Berlin ist zugleich das unübersehbare Symbol für die Offenheit der deutschen Frage, die in ihrem Kern die Forderung nach Gewährung von Freiheitsrechten und des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk ist. Das freie Berlin ist die Stadt der Hoffnung für alle Völker, denen bis heute die Verwirklichung der Menschenrechte vorenthalten wird.

4. Die Freiheit Berlins beruht auf dem Freiheitswillen der Berliner, auf den Bindungen Berlins und auf der Zugehörigkeit des Landes Berlin zum Bund sowie der Freiheitsgarantie der alliierten Schutzmächte. Es muß jede Chance genutzt werden, die engen Verflechtungen zwischen Berlin, dem Bund und der Europäischen Gemeinschaft zu stärken sowie seine internationalen Bezüge zu entwickeln. Für Berlin ist der politische, wirtschaftliche und soziale Rückhalt in der Bundesrepublik Deutschland und Europa lebensnotwendig. Eine dynamische Entwicklung dieser Bindungen ist daher unerlässlich. Die volle Einbeziehung Berlins in alle Verträge der Europäischen Gemeinschaft ist unverzichtbar. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt der Bundesregierung für ihre beständige und verlässliche Solidarität mit und ihre konkrete Hilfsbereitschaft für Berlin. Kontinuität und Verlässlichkeit sind die Voraussetzungen dafür, daß Berlin als Ort für wirtschaftliches Engagement attraktiv bleibt.

Dazu gehört auch die Öffnung Berlins für den internationalen Flugverkehr in Nord-Süd-Richtung sowie der Ausbau der Eisenbahnstrecke Berlin-Hannover als Teil der großen West-Ost-Magistrale

Paris-Warschau mit einem technologischen Standard, wie ihn die Deutsche Bundesbahn für ihr Schnellbaunetz zur Zeit verwirklicht.

5. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist eine Deutschlandpolitik an Berlin vorbei undenkbar. Die volle Einbeziehung Berlins in die Zusammenarbeit mit der DDR ist für uns auch zukünftig unverzichtbare Grundlage für die Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen.

6. Berlin liegt in der Mitte Europas. Berlin lenkt den Blick im Westen wie im Osten Europas auf diese Mitte: Berlin als Ganzes führt das geteilte Deutschland und das geteilte Europa zusammen. In diesem Licht mißt sich die Qualität der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion stets auch nach der Lage in Berlin.

Der Vorschlag, Berlin als internationale Kongreßstadt vorzusehen und in diesem Rahmen die Anregung von Präsident Reagan aufzugreifen, in Berlin eine KSZE-Folgekonferenz zu veranstalten, wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nachhaltig unterstützt. Er sollte auch von der Sowjetunion als sichtbares Zeichen der von ihr propagierten neuen politischen Orientierung aufgegriffen und mitgetragen werden. Dadurch könnte Berlin in die verbesserten Ost-West-Beziehungen einbezogen werden, ohne die Grundlagen des Status der Stadt zu berühren.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fühlt sich allen Bürgern der geteilten Stadt besonders verbunden. Die Mauer hindert die Menschen zueinanderzukommen. Zugleich führt sie bei den Menschen zu einem Gefühl der Zusammengehörigkeit und stärkt die Sehnsucht nach mehr Gemeinsamkeit und Beendigung der Teilung. Unser Ziel ist es nicht, diese Mauer lediglich durchlässiger zu machen; unser Ziel ist ihr endgültiges Verschwinden.

Fraktion fordert Pilotprojekt für Flußsanierung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Forschungsminister Heinz Riesenhuber aufgefordert, in wenigstens zwei Pilotprojekten modellhaft zu zeigen, wie umweltbelastete Flüsse saniert und wiederbelebt werden können. Wie ihr forschungspolitischer Sprecher, Christian Lenzer, in Bonn erläuterte, sollten als Modellfälle ein größerer Fluß in einem Ballungsraum — als Beispiel nannte er den unteren Main — sowie ein Fluß oder mehrere Flüsse in ländlichen Gebieten ausgewählt werden. Zur Vorbereitung eines solchen Vorhabens empfahl Lenzer eine Strategiestudie zur Klärung, welche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten insgesamt notwendig sind. Seine Fraktion erwarte von diesen Studien und Pilotprojekten realistische und kostengünstige Lösungsvorschläge für eine spätere flächendeckende Sanierung deutscher Gewässer.

Hilfe für US-Soldaten

Einen Devisenausgleich für die in Europa stationierten amerikanischen Soldaten durch die Nordatlantische Allianz (NATO) fordert der CDU-Europaabgeordnete **Hans-Gert Pöttering**, sicherheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU im Europäischen Parlament. Durch den Verfall des Dollarwechsellkurses haben die in Europa stationierten amerikanischen Soldaten und ihre Familien innerhalb der letzten zwei Jahre Kaufkraftverluste von bis zu 50% hinnehmen müssen.

Weiterhin werden die kommunalen Einrichtungen aufgefordert, ihre Leistungen, wie öffentliche Schwimmbäder, Freizeiteinrichtungen, Konzerte und Theater für die in der Bundesrepublik stationierten Amerikaner zu stark reduzierten Preisen oder kostenlos zur Verfügung zu stellen.

CDU Baden-Württemberg: Unser Land in guter Hand

In seiner von mehrfachem Applaus und Ovationen begleiteten Grundsatzrede erklärte der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, Ministerpräsident Lothar Späth, auf dem 26. Landesparteitag in Freiburg, daß es bei der Landtagswahl am 20. März dieses Jahres um die Zukunft des Landes gehe.

Der Parteivorsitzende analysierte die gegenwärtige Situation, die gekennzeichnet sei durch eine abflachende Konjunktur, wobei Lothar Späth bemerkte, daß ein Prozent reales Wirtschaftswachstum für das Jahr 1988 bei stabilen Preisen immer noch eine verhältnismäßig gute Situation sei. Es bestünde deshalb kein Grund für wilde Konjunkturprogramme. Nicht unerwähnt ließ der Ministerpräsident dabei die außenwirtschaftlichen Risiken, den integrierten Weltmarkt, den Strukturwandel, der nunmehr in eine entscheidende Phase eintrete. Hier nannte Lothar Späth stichwortartig die Rationalisierungspotentiale, den Mittelstand und die Arbeitszeitverkürzung.

Lothar Späth ging auch auf die demographischen Veränderungen des Landes und auf das Niveau der sozialen Kosten ein. Er betonte, daß hier ein dringender Handlungsbedarf bestehe, der in Abstimmung mit den konjunkturellen und strukturellen Notwendigkeiten realisiert werden müsse. Bei allen Anstrengungen der Einsparung seien die Kosten des Standortes Bundesrepublik Deutschland nach den Worten von Lothar Späth kurzfristig nicht zu senken. Deshalb müsse bei einer neuen Diskussion unseres Steuersystems die internationale Wettbewerbslage der Unternehmensbesteuerung berücksichtigt

werden. Die große Chance, die die Bundesrepublik Deutschland besitze, sei die Innovationskraft des Landes.

Mit großem Beifall wurde seine Frage bedacht, wo es ein Bundesland im Zahlenvergleich gebe, das auf die Situation von heute besser vorbereitet sei als Baden-Württemberg. Auch die Kritik an der Technologiepolitik sei verstummt. An die Adresse der SPD gerichtet, betonte Lothar Späth, daß der „neue Fortschritt der SPD“ der alte Fortschritt der CDU sei. Wer acht Jahre gegen den Fortschritt gepredigt habe, für den müsse natürlich der Fortschritt, erst jetzt entdeckt, ein ganz neues Gefühl sein.

Die Spitzenstellung Baden-Württembergs sei auch darauf zurückzuführen, daß das Land seine Schuldenaufnahme enorm zurückgefahren habe. So habe Baden-Württemberg heute eine Zinsreserve von über 420 Millionen DM. Baden-Württemberg habe gespart, solange dies möglich gewesen sei. Dies sei die Reserve, wenn Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt auftreten würden. Bei seinem weitgespannten Bogen der Landespolitik kam Lothar Späth auch auf die Spitzenstellung Baden-Württembergs im Bereich von Forschung und Wissenschaft zu sprechen.

Probleme allerdings, so Lothar Späth, gebe es noch im Bereich des Dienstleistungssektors. Hier müsse verstärkt weitergearbeitet werden. Die Umweltpolitik betreffend, stellte der Landesvorsitzende die Frage: „In welchem Land ist die Zahl der Kläranlagen so groß und die Flußreinigung so gut wie in Baden-Württemberg? Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß bis in zwei Jahren der Ausstoß

von SO₂ und NO, aller Kohlekraftwerke nur 1/10 dessen, was Ibbenbüren ausstößt, betrage.

Den Anstoß für das Katalysatorauto, das Verbot bleihaltigen Benzins, dies alles sei der CDU zu verdanken. 1988 stehe fest, daß nach Neckarwestheim II Baden-Württemberg — mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit — kein neues Kernkraftwerk mehr brauche. Die Kombination von Kernenergie und Kohle sei eine berechenbare, eine klare Politik.

Der Erfolg der Fleißigen und der Leistungsfähigen und die Zuwendung zu den Schwachen, diese Verbindung in und durch die CDU sei die Stärke der Politik des Landes. Baden-Württemberg sei das einzige Land, das ein Landeserziehungsgeld zahle. Jede zweite Mutter in Baden-Württemberg nehme inzwischen dieses Geld in Anspruch. 200 Millionen DM im Jahr. Lothar Späth rief den Delegierten zu: „Sozialpolitiker aller sozialdemokratisch geführten Länder kommt und erzählt uns, was ihr den Familien gebt, wenn sie sich um ihre Kinder kümmern. Nichts.“

Während im Jahr 1987 in der Bundesrepublik Deutschland 73.522 Kinder weniger geboren wurden als 1986, hätten im gleichen Zeitraum in Baden-Württemberg 11.115 mehr Kinder das Licht der Welt erblickt. Dabei betonte Lothar Späth, daß es ein Skandal und eine Heuchelei sei, daß in einem der reichsten Länder der Welt 200.000 ungeborene Kinder nicht zur Welt kommen dürften. Hier müsse sich das Bewußtsein der Gesellschaft grundlegend ändern. Lothar Späth sagte den Delegierten, daß die CDU Schritt für Schritt mit den Bürgern in eine gute Zukunft gehe. Das sei das erklärte Wahlziel. Die Bürger Baden-Württembergs und die CDU passen, so Lothar Späth wörtlich, gut zusammen.

Die Delegierten des Landesparteitages

berieten den Entwurf der Wahlplattform '88 und verabschiedeten diese mit einem Ergänzungsantrag der Jungen Union. In dieser Wahlplattform wird zum einen Bilanz der geleisteten Arbeit der CDU-geführten Landesregierung gezogen und andererseits dem Bürger verdeutlicht, mit welcher Konzeption den Herausforderungen der Zukunft für die nächsten vier Jahre begegnet werden soll. Von der Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes über die Partnerschaft von Stadt und Land, den Chancen für den ländlichen Raum, den Umweltschutz als Vorsorge für Mensch und Natur, die Familie und unsere Sozialpolitik bis zu der Solidarität der Generationen, der kulturellen Vielfalt einer humanen Gesellschaft, der Erhaltung des inneren und des äußeren Friedens wird in dieser Wahlplattform alles differenziert dargestellt und den Bürgern nahegebracht.

Auftakt mit Bundeskanzler Helmut Kohl

Bei der anschließenden Großkundgebung in Freiburg, begleitet von Trillerpfeifen und ohrenbetäubendem Lärm einiger Dutzend Demonstranten der Freiburger Szene, rief Lothar Späth den tobenden Parteitagstörern zu: „Der Staat hat das Gewaltmonopol und wir werden dafür sorgen, daß dies so bleibt.“ Bundeskanzler Helmut Kohl sagte dem Ministerpräsidenten Baden-Württembergs seine volle Unterstützung im Wahlkampf zu. Er lobte das Land als ein Glanzstück im Reigen der deutschen Bundesländer. In Baden-Württemberg werde ein Stück gelebte Zukunft für die Bundesrepublik Deutschland praktiziert und das sei ein Verdienst von Lothar Späth. Helmut Kohl versicherte der CDU Baden-Württemberg die tatkräftige Unterstützung der Bundespartei. Die rund 3 000 Teilnehmer verabschiedeten Helmut Kohl stehend mit großem Beifall.

Heiko Hoffmann Spitzenkandidat der Union in Schleswig-Holstein

Mit der Aufstellung des Spitzenkandidaten, Justizminister Heiko Hoffmann, hat die CDU in Schleswig-Holstein in eindrucksvoller Weise ihren politischen Neuanfang dokumentiert. Der Landesausschuß der Partei hatte zum erstenmal in der Geschichte der schleswig-holsteinischen Partei die Wahl zwischen zwei Kandidaten. Nach dem amtierenden Ministerpräsidenten Henning Schwarz hatte sich auch Heiko Hoffmann um die Spitzenkandidatur beworben.

Landesvorsitzender Gerhard Stoltenberg begrüßte ausdrücklich die breite Diskussion, die über die Kandidaten in den Kreisverbänden und in den Vereinigungen geführt worden war. Damit habe die Partei einem Beschluß des Landesparteitages entsprochen, den er als „Treuhänder“ verwaltet habe. Aus diesem Grunde habe er als Landesvorsitzender auch keine Empfehlungen gegeben, da es dem Wunsch der Partei entsprochen habe, unter mehreren Kandidaten frei entscheiden zu können.

Dieser Weg der Partei und insbesondere die Tatsache, daß keiner der beiden Kandidaten Wunden hinnehmen mußte, ist auch in der Landespresse als neuer Stil der schleswig-holsteinischen CDU anerkannt worden. Gerhard Stoltenberg wies vor dem Landesausschuß der Partei aber auch darauf hin, daß mit der Nominierung des Spitzenkandidaten eine „politische Vorentscheidung“ für den Landesparteitag am 4. und 5. März gefallen sei. Die Personaldiskussion innerhalb der Partei müsse jetzt beendet sein.

Heiko Hoffmann gilt nicht nur bei der schleswig-holsteinischen CDU als ein

Mann des Ausgleichs. Er ist bei allen Parteien als Gesprächspartner geschätzt und wird auch vom politischen Gegner anerkannt. Als eine seiner wichtigsten Aufgaben sieht er es an, Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein für die Politik insgesamt „Stück für Stück“ zurückzugewinnen. Darüber hinaus müsse bei aller Härte in der sachlichen Auseinandersetzung der Respekt vor dem politisch Andersdenkenden die Diskussion bestimmen. Mehr Menschlichkeit in der Politik müsse sich gerade beim Umgang mit dem politischen Gegner zeigen. Heiko Hoffmann machte allerdings auch deutlich, daß er für den kommenden Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein sehr harte politische Auseinandersetzungen in den Sachargumenten erwarte. Dennoch müsse es auch menschliche Beziehungen zu politischen Gegnern geben.

Heiko Hoffmanns politischer Werdegang ist vor allem geprägt durch die Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland in der DDR. Dort ist ihm wegen seines politischen Engagements der Schulbesuch verboten worden. Wenige Monate nach dem 17. Juni 1953 floh Heiko Hoffmann in den Westen, wo er sich schon bald bei der CDU engagierte. Vorbilder sind für ihn Bischof Otto Dibelius, Konrad Adenauer und Jakob Kaiser.

Der Spitzenkandidat gehört seit 1973 dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an. 1979 übernahm er den Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion, die er bis zu seiner Berufung zum Justizminister 1985 leitete. Er ist seit langem Mitglied der Synode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche.

Weiterentwicklung und Aufgaben der Senioren-Union

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Senioren-Union auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene wird das 1. Quartal 1988 von größter Bedeutung sein. Bundesweit wird die Senioren-Union am 20. April 1988 auf einer Gründungsversammlung in Bonn gegründet werden, stellt der Bundesbeauftragte Gerhard Braun fest.

Auf der Grundlage von schriftlichen und mündlichen Angaben der CDU-Landesgeschäftsstellen kann derzeit von folgenden Zahlen bei der Senioren-Union ausgegangen werden:

- rund 650 Orts- und Kreisvorsitzende;
- rund 35 000 Mitglieder.

Derzeit wird an alle Orts- und Kreisvorsitzende der Senioren-Union das Aktions-

programm für die Seniorenarbeit in Städten und Gemeinden „Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ versandt. Mit diesem bundesweiten Aktionsprogramm will die Senioren-Union dazu beitragen, daß den Belangen und Bedürfnissen der älteren Generation verstärkt Rechnung getragen wird.

Das Aktionsprogramm enthält zehn konkrete Vorschläge und geht dabei von dem Grundsatz aus, daß Seniorenpolitik ihren Anfang in der Gemeinde hat. Aus diesem Grund ist die Mitwirkung der Senioren an den politischen Entscheidungen in ihrer Gemeinde sowie an der Entwicklung und Neuorientierung einer menschengerechten Kommunalpolitik zu fördern und zu unterstützen.

Deutsch-französischer Schüleraustausch funktioniert

Der Gesamtat des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, der zu gleichen Teilen von der deutschen und französischen Regierung getragen wird, beträgt zur Zeit 38 Mio. DM. Im Rahmen der internationalen Jugendpolitik der Bundesregierung kommt dem Deutsch-Französischen Jugendwerk nach wie vor die erste Priorität zu: 42 % aller Mittel, die die Bundesregierung für den internationalen Jugendaustausch ausgibt, fließen in das Deutsch-Französische Jugendwerk. Für die französische Regierung liegt dieser Anteil noch wesentlich höher.

Der deutsch-französische Schüleraustausch ist der umfangreichste Schüleraus-

Zitat

„Wenn die Katze ein Pferd wäre, könnte man die Bäume raufreiten.“
(CDU-Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn vor Journalisten auf Fragen nach möglichen Konsequenzen aus einer erheblichen Verschlechterung der Konjunktur)

tausch zwischen zwei Staaten. Er hat sich in den letzten Jahren trotz gleichbleibender Fördermittel dank des Engagements von Eltern, Schülern und Lehrern wesentlich ausgeweitet. 1986 nahmen ca. 45.000 deutsche und französische Schüler an dem Austausch teil, der sich überwiegend im Rahmen von etwa 2.500 deutsch-französischen Schulpartnerschaften vollzieht.

„Die Privaten kommen – zur Entwicklung des Lokalfunks“

Fachtagung für Kommunalpolitiker vom 3. bis 5. Februar 1988 in Schloß Eichholz, Wesseling

Die Hörfunklandschaft in der Bundesrepublik wird zunehmend attraktiver, denn private Programmveranstalter machen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk erheblich Konkurrenz. Zur Zeit sind etwa 70 private Radiostationen auf Sendung. 1988 soll sich die Zahl der privaten Anbieter auf 170 erhöhen. Hierdurch wird die Bedeutung des Mediums Hörfunk – besonders auch im Hinblick auf die Lokalkommunikation – weiter zunehmen.

Kommunalpolitiker sollten daher wissen, was „Sache“ ist, welche Möglichkeiten und Chancen die neuen Landesrundfunkgesetze bieten und wie man diese auf kommunaler Ebene umsetzt.

Themenschwerpunkte:

- „Zur Entwicklung der Medienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland“
- „Hörererwartung an das Privatfunk-Programm“ – Lebenshilfe und Bericht-erstattung aus dem Alltag
- „Kampf um Einschaltquoten“ – Zum Wettbewerb und Verständnis von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk
- „Privater Lokalfunk“ – Chancen für Anbieter vor Ort

Teilnahmebedingungen:

Teilnehmerbeitrag 40 DM, Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn/Eigenbeteiligung 20 DM); weitere Kosten entstehen nicht.

Information/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Postfach 13 31

Sendezeiten gefordert

Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, **Heinrich Franke**, haben in einem gemeinsamen Brief die Intendanten und Programmleiter der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie der Privatsender aufgefordert, Sendezeiten für Stellenangebote und Stellengesuche bereitzustellen. Dies wird durch das 8. Änderungsgesetz zum Arbeitsförderungsgesetz, das am 1. Januar 1988 in Kraft getreten ist, erstmals ermöglicht.

Für über 1,6 Millionen Mütter gab es Kindererziehungsleistungen

Bis Ende 1987 waren über 900.000 Anträge auf Kindererziehungsleistungen für die Mütter der Jahrgänge 1906 und älter eingegangen. Sie erhielten von der Rentenversicherung im Durchschnitt 70 Mark monatlich entweder zusätzlich zu ihrer Rente oder – falls sie keine Altersversorgung aus der gesetzlichen Rentenversicherung bekommen – gesondert ausgezahlt. Zum 1. Januar 1988 haben 783.000 Mütter der Jahrgänge nach 1921 Kindererziehungszeiten bei ihrer Rente angerechnet bekommen. Der monatliche Durchschnittsbetrag lag hier bei 55 Mark. Insgesamt bekamen damit über 1,6 Millionen Mütter Ende 1987 ihre Kindererziehungsleistung in der Altersversorgung angerechnet.

UMWELT: CDU GEHT VORAN

NEU

CDU-UMWELT-EXTRA

„Nicht immer mit dem Finger auf den anderen zeigen“, sagt Bundesumweltminister Professor Klaus Töpfer in einem Interview im aktuellen Magazin „CDU-Umwelt-extra“, das auf 16 Seiten im Vierfarbdruck, natürlich auf Umweltschutzpapier gedruckt, Informationen und praktische Tips über Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland und Europa gibt.

Interview mit Bundesumweltminister Professor Klaus Töpfer

„Nicht immer mit dem Finger auf den anderen zeigen“, sagt Bundesumweltminister Professor Klaus Töpfer in einem Interview im aktuellen Magazin „CDU-Umwelt-extra“, das auf 16 Seiten im Vierfarbdruck, natürlich auf Umweltschutzpapier gedruckt, Informationen und praktische Tips über Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland und Europa gibt.

„Nicht Finger“

So schützen wir die Umwelt im Haushalt



Umwelt extra

INFORMATIONEN UND PRAKTISCHE TIPS ÜBER UMWELTSCHUTZ IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND EUROPA

- **Friseurin Gabry: „Meine Kunden wollen kein Spray mehr“** (Seite 12)
- **Das Leiden des Rheins geht zu Ende** (Seite 15)
- **Keine Utopien: Strom durch Wind** (Seite 17)
- **Totenstille? Nein – aber bitte weniger Lärm** (Seite 18)
- **Biotop statt Zierrosen in Ihrem Garten** (Seite 19-20)

„Nicht immer mit dem Finger auf den anderen zeigen“

Interview mit Umweltminister Professor Klaus Töpfer

BODEN



EUROPA

Umweltkabinen mit der DDR tritt Nübel und an

Denn Luft und Wasser sind nicht teilbar



Vorreiter in Europa



Unter den Themenschwerpunkten Boden, Wasser, Luft, Lärm, Energie und Umweltschutz in Europa wird die erfolgreiche CDU-Politik ausführlich und anschaulich dargestellt und Perspektiven

für die nächsten Jahre aufgezeigt. Dabei kommen auch Tips und Hinweise für jedermann, wie man sich umweltfreundlich verhalten kann, nicht zu kurz. Denn nicht nur gute Gesetze schützen



CDU-Umwelt-extra

Bestell-Nr.: 2003

Mindestabnahme: 200 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

42,- DM + MWSt.

unsere Umwelt. Wir alle sind aufgefordert, unseren Teil beizutragen.

Gerade auch für CDU-Verbände gilt 1988 verstärkt:

Vorreiter in Sachen Umwelt werden!

Bestellungen über das

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Für die ausstehenden Wintertage und für den anschließenden Frühlingsanfang möchten wir Ihnen daher einige Aktionen vorschlagen, die überall vor Ort durchgeführt werden können.

Salzfrei durch den Winter – CDU geht voran


Der Salzgebrauch beim Winterdienst auf den Straßen im Bundesgebiet ist rückläufig. Das tut der Umwelt gut! Auch vor Ort sollte salzfrei Trumpf sein.

Aktion: Erst schaufeln, dann umweltfreundlich streuen

Ein Einsatz nach den ersten kräftigen Schneefällen, z. B. vor einem Altenheim, wirbt nachhaltig für Sympathie und ist zudem öffentlichkeitswirksam.

Sprechen Sie auch einmal mit Händlern und Geschäften, die **Streumittel mit dem Umweltengel** im Angebot führen. Vielleicht läßt sich eine kooperierende Anzeige schalten.

**Für den Info-Stand:
Repreife Druckvorlage
„Salzfrei durch den Winter“**

 (02 28) 54 44 77

Aktion mit Kindern: Futterkästen für Vögel bauen

Bei geschlossener Schneedecke ist eine Zufütterung unserer gefiederten Freunde angebracht.

Organisieren Sie mit einem kompetenten Fachmann aus ihren Reihen einen Bastelnachmittag für Kinder. Am Fenster oder im Garten aufgestellt, werden die fertigen Vogelhäuser für viele interessante Beobachtungen gut sein.

Am Info-Stand: Energiesparen rund ums Haus

Ein Fachmann berät am CDU-Canvasing-Stand über energiesparende Maßnahmen.

Die Zeit vergeht schneller als man denkt.

Schon jetzt ans Frühjahr denken!



Umwelt-Telefonsprechstunde planen

Umweltfreundliches Arbeiten im Garten, im Haushalt und in der Freizeit sollte im Frühjahr im Mittelpunkt von Telefonsprechstunden stehen. Voraussetzung hierfür sind:

- Ein(e) kompetente(r) Telefonberater(in)
- Eine gute Aktionszeit: Besonders geeignet sind alle Werktage von 17.00 bis 20.00 Uhr und samstags von 10.00 bis 17.00 Uhr.
- Eine Telefon-Nummer, die frühzeitig über Pressemitteilung in der Lokalzeitung

und in den Wochenblättern bekannt gemacht wird. Auch die Rahmenflugblätter als Hauswurfsendung und Ankündigungen auf Rahmenplakaten (beides im Angebot der CDU-Bundesgeschäftsstelle) sind bestens geeignet, die Telefon-Sprechstunde bekannt zu machen.

■ Ein Infostand am Wochenende vorher und nachher. Das unterstützt die Aktion nachhaltig. Hier sollte auch das aktuelle Info-Material der CDU vorliegen.

Für den Info-Stand: Flugblatt als reproporeife Druckvorlage „Alles über den Komposthaufen im eigenen Garten“

 (02 28) 54 44 77

Auch Bäume brauchen Luft zum Leben

Nach den letzten Frosttagen ist es höchste Zeit, die Pflanzflächen rund um unsere Straßenbäume aufzulockern und vielleicht auch mit Bodendeckern zu bepflanzen. In vielen Gemeinden wird auf diesen Flächen im späten Frühjahr Wildkräutersamen ausgesät – im Sommer dann ein bunter Blickfang im Straßenbild. Der CDU-Ortsverband könnte z. B. die Patenschaft für einen bisher vernachlässigten Straßenzug übernehmen.

Platz ist überall – Feuchtbiotop hilft der Umwelt

An öffentlichen Gebäuden, wie z. B. Schulen, ist ein fachgerecht gestalteter Teich nicht nur optisch eine Bereicherung.

Aber auch wenn eine Neuplanung nicht möglich ist: Nach der kalten Jahreszeit hat sich an stehenden und fließenden Gewässern genug Unrat angesammelt, der eine Säuberungsaktion rechtfertigt.

Folgende Materialien bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle Ihnen unter dem Thema: „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“ für Ihre Aktionen zusätzlich an:



Ein Ratgeber, der zahlreiche weitere Aktionsmöglichkeiten aufzeigt!

Handbuch: Umweltaktionen von A bis Z

Bestell.-Nr.: 3670
 Mindestabnahme: 10 Exemplare
 Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM + MWSt.

Rahmenflugblatt DIN A4

„Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“
 Bestell.-Nr.: 1695
 Mindestabnahme: 500 Exemplare
 Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM + MWSt.

Rahmenplakat DIN A1

„Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“
 Bestell.-Nr.: 8695
 Mindestabnahme: 50 Exemplare
 Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM + MWSt.

Bestellungen an

**IS-Versandzentrum,
 Postfach 13 28, 4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wir senken die Steuern

10 Pluspunkte der Steuerreform



- | | |
|--|----|
| Mehr Wachstum und Wohlstand | 1 |
| Neue Arbeitsplätze | 2 |
| Mehr Kaufkraft | 3 |
| Entlastung niedriger Einkommen | 4 |
| Entlastung der Familien | 5 |
| Entlastung des Mittelstandes | 6 |
| Leistung lohnt wieder | 7 |
| Stabilisierung der Weltwirtschaft | 8 |
| Überschaubares Steuersystem | 9 |
| Abbau direkter Steuern | 10 |

Taschenbroschüre

Bestell-Nr.: 2008

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 11,— DM

UiD

2/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.